

Insolvenzen Neugründungen Löschungen

I. Halbjahr 2003

Eine Untersuchung zur
Unternehmensentwicklung
der Creditreform Wirtschafts-
und Konjunkturforschung

INHALT

SEITE

1	Insolvenzen	1
1.1	Die Insolvenzzahlen in Deutschland im ersten Halbjahr 2003	1
1.2	Verschuldung – Überschuldung – Insolvenz	6
1.3	Große Firmeninsolvenzen	8
1.4	Reformen und kein Ende	11
1.5	Verluste und Schäden durch Insolvenzen	13
1.6	Insolvenzen und Arbeitsplatzverluste	19
1.7	Insolvenzen im konjunkturellen Umfeld	21
1.8	Im Teufelskreis: Banken und Mittelstand	24
2	Neueintragungen und Löschungen von Unternehmen	29
2.1	Gründungsbilanz	29
2.2	Neueintragungen und Wirtschaftsbereiche	32
2.3	Arbeitsplätze durch Neugründer	35
2.4	Neueintragungen und Löschungen nach Bundesländern	37
3	Zusammenfassung	40

■ 1 Insolvenzen

1.1 Die Insolvenzzahlen in Deutschland im ersten Halbjahr 2003

Im ersten Halbjahr 2003 hat die Zahl der Gesamtinsolvenzen eine neue Höchstmarke erreicht: Mit 47.800 Anträgen bei den Insolvenzgerichten wurde der Wert für den Vergleichszeitraum des Vorjahres um 19,9 Prozent überschritten (39.850). 19.200 Insolvenzen betreffen Unternehmen in Ost- und Westdeutschland. Hier liegt die Steigerungsrate gegenüber dem ersten Halbjahr 2002 bei 4,6 Prozent. Diese Unternehmen durchlaufen das Regelinsolvenzverfahren; es handelt sich sowohl um Personengesellschaften als auch um Kapitalgesellschaften. Hinzu kommen die freien Berufe, kleine Gewerbebetriebe und die Einzelunternehmen. Auch sogenannte „aktive Kleinunternehmen“, die vor der letzten Reform der Insolvenzordnung noch in ein vereinfachtes Verfahren gehen konnten, gehören nun als Teilnehmer des Regelinsolvenzverfahrens in die Zählung der Unternehmen.

Den größten Anteil an den Gesamtinsolvenzen haben natürliche Personen, sei es, dass sie als Verbraucher in das auf überschuldete Konsumenten zugeschnittene einfache Verfahren gehen, sei es, dass sie aus einer unternehmerischen oder unternehmensnahen Tätigkeit heraus insolvent wurden. 25.500 natürliche Personen haben Insolvenz beantragt – im Vorjahr waren es 20.300 (plus 25,6 Prozent). Bei den Verbraucherinsolvenzen – hier ist der vielfach gebrauchte Begriff „Konsumentenkonkurs“ für die Möglichkeiten der Entschuldung nach der neuen Insolvenzordnung angebracht – ist eine Steigerung von 48,9 Prozent zu registrieren. Waren es im ersten Halbjahr 2002 9.200 Verbraucher, die sich auf dem Weg zur Restschuldbefreiung befanden, so sind es in diesem Jahr 13.700 Betroffene.

Durch die erneute Reform des Insolvenzrechts, die im Dezember 2001 in Kraft trat, wurde es nicht nur mittellosen Verbrauchern ermöglicht, durch eine Stundung der Verfahrenskosten „erleichtert“ in das Verfahren zu gehen. Viele ehemals Selbstständige, deren unternehmerische Tätigkeit schon Jahre zurückliegt,

Insolvenzen klettern weiter

bemühten sich nun auch um die Restschuldbefreiung im Hinblick auf die Schulden aus der Zeit gescheiterter Selbstständigkeit. Hierzu zählen nicht nur ehemals Selbstständige, gleichgültig, ob sie ein Regel- oder vereinfachtes Insolvenzverfahren durchlaufen haben, sondern auch Gesellschafter von Unternehmen. Aus diesem Kreis kommt es im ersten Halbjahr 2003 zu 11.800 Insolvenzanträgen; das entspricht einer Steigerung von 6,3 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum (11.100). Dazu kommen die sonstigen Insolvenzen – etwa Nachlassinsolvenzen –, die um 158,3 Prozent auf 3.100 Fälle angestiegen sind (Vorjahr: 1.200).

Tab. 1: Insolvenzverfahren in Deutschland

■	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen	
1993	20.298	+ 32,6%	15.148	+ 38,7%
1994	24.928	+ 22,8%	18.824	+ 24,3%
1995	28.785	+ 15,5%	22.344	+ 18,7%
1996	31.471	+ 9,3%	25.530	+ 14,3%
1997	33.398	+ 6,1%	27.474	+ 7,6%
1998	33.977	+ 1,7%	27.828	+ 1,3%
1999	33.870	- 0,3%	26.620	- 4,3%
2000	41.780	+ 23,4%	27.930	+ 4,9%
2001	49.510	+ 18,5%	32.390	+ 16,0%
2002	84.330	+ 70,3%	37.620	+ 16,1%

■		2002 Hj.	2003 Hj. *)
Unternehmensinsolvenzen		18.350	19.200
Veränderung zum Vorjahr		+ 22,2%	+ 4,6%
Natürliche Personen	Verbraucherinsolvenzen	9.200	13.700
	Veränder. zum Vorjahr	+ 24,3%	+ 48,9%
	Privatpersonen mit unternehmerischer Tätigkeit	11.100	11.800
	Veränder. zum Vorjahr	-	+ 6,3%
sonstige Insolvenzen		1.200	3.100
Veränderung zum Vorjahr		- 33,0%	+ 158,3%
Gesamtinsolvenzen		39.850	47.800
Veränderung zum Vorjahr		+ 64,6%	+ 19,9%

*) von Creditreform geschätzt

Insgesamt zeigen die Zahlen für Deutschland, dass es zu einer leichten Entspannung bei den Steigerungsra-

ten gekommen ist. Der „große Sprung“ bei den Gesamtinsolvenzen im Jahre 2002, der mehr als 84.000 Insolvenzanträge bei einer Steigerung von über 70 Prozent brachte, hat sich in den ersten sechs Monaten 2003 nicht fortgesetzt. Wie bereits in der Kommentierung der Insolvenzzahlen des Jahres 2002 dargestellt, war es vor allem der Abbau von Hürden auf dem Weg zur Restschuldbefreiung bei der reformierten Insolvenzordnung, auf die viele Verbraucher und – in kleinem Rahmen – unternehmerisch Tätige gewartet hatten, die zu dieser Welle von Anträgen geführt hatte.

Mehr als dreimal so viele Gesamtinsolvenzen wie der Osten trägt der Westen Deutschlands. Mit 36.300 Gesamtinsolvenzen im ersten Halbjahr wurde die Zahl des Vergleichszeitraumes (29.680) um 22,3 Prozent überschritten. In 14.300 Fällen ist es zu einer Unternehmensinsolvenz gekommen – das entspricht einer Steigerung von 11,6 Prozent gegenüber dem Halbjahr des Vorjahres (12.810). Bei den Insolvenzen natürlicher Personen insgesamt beträgt die Steigerungsrate 24,4 Prozent. Waren es im ersten Halbjahr 2002 15.920 Anträge, so beläuft sich deren Zahl in den ersten sechs Monaten 2003 auf 19.800. Die Verbraucherinsolvenzen in den alten Bundesländern haben um 49,3 Prozent auf 11.300 Privatpersonen zugelegt (Vorjahr: 7.570). Nur noch einen geringen Zuwachs gibt es bei den unternehmerisch tätigen, natürlichen Personen: Bei Gesellschaftern oder ehemals Selbstständigen etwa führte in 8.500 Fällen der Weg zum Insolvenzgericht (plus 1,8 Prozent).

Im Westen stärkere Zuwächse

Tab. 2: Insolvenzverfahren in Westdeutschland

■	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen	
1993	17.537	+ 24,2%	12.821	+ 30,5%
1994	20.092	+ 14,6%	14.913	+ 16,3%
1995	21.714	+ 8,1%	16.470	+ 10,4%
1996	23.078	+ 6,3%	18.111	+ 10,0%
1997	24.212	+ 4,9%	19.348	+ 6,8%
1998	25.162	+ 3,9%	19.886	+ 2,8%
1999	25.110	- 0,2%	19.050	- 4,2%
2000	29.590	+ 17,8%	18.120	- 4,9%
2001	36.010	+ 21,7%	21.750	+ 20,0%
2002	62.940	+ 74,8%	26.550	+ 22,1%

■		2002 Hj.	2003 Hj. *)
Unternehmensinsolvenzen		12.810	14.300
Veränderung zum Vorjahr		+ 20,4%	+ 11,6%
Natürliche Personen	Verbraucherinsolvenzen	7.570	11.300
	Veränder. zum Vorjahr	+ 37,9%	+ 49,3%
	Privatpersonen mit unternehmerischer Tätigkeit	8.350	8.500
	Veränder. zum Vorjahr	-	+ 1,8%
sonstige Insolvenzen		950	2.200
Veränderung zum Vorjahr		- 40,1%	+ 131,6%
Gesamtinsolvenzen		29.680	36.300
Veränderung zum Vorjahr		+ 67,5%	+ 22,3%

*) von Creditreform geschätzt

Osten: Verbraucherkonkurs noch nicht durchgesetzt

Bereits in den Vorjahren 2001 und 2002 zeichnete sich in den neuen Ländern eine positivere Entwicklung bei den Unternehmensinsolvenzen ab als im Westen Deutschlands. Im ersten Halbjahr 2003 scheint eine leichte Verbesserung geschafft: Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen hat um 11,6 Prozent von 5.540 (1. Halbjahr 2002) auf 4.900 in den ersten sechs Monaten 2003 abgenommen. Dies hat dazu geführt, dass in den neuen Ländern unter dem Strich ein deutlich geringerer Zuwachs als in den alten Ländern zu verzeichnen ist. Im Osten wurde mit 11.500 Gesamtinsolvenzen eine Steigerung um 13,1 Prozent erreicht; in Westdeutschland beträgt die Steigerung 22,3 Prozent. Der Zuwachs bei den Verbraucherinsolvenzen liegt allerdings wiederum in Höhe der westdeutschen Verhältnisse: Um 47,2 Prozent stieg die Zahl der Verbrau-

cher, die in ein vereinfachtes Insolvenzverfahren drängen (2.400 Anträge; Vorhalbjahr: 1.630 Anträge). Stärker „abgearbeitet“ werden in den neuen Ländern noch die Fälle ehemaliger Selbstständigkeit, die zur Verschuldung und Zahlungsunfähigkeit natürlicher Personen führt: Um 20 Prozent nehmen die Insolvenzanträge aus diesem Kreise gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres zu (3.300 Anträge; 2002: 2.750). Insgesamt waren aktuell 5.700 Anträge natürlicher Personen zu zählen (Vorjahr: 4.380; Steigerung: 31,5 Prozent).

Das Insolvenzgeschehen in den neuen Ländern ist auch vor dem Hintergrund der Unternehmensliquidationen insgesamt zu sehen. Zwar sind Insolvenzen im Hinblick auf ihren Anteil nur gering vertreten – es scheint allerdings ein komplementärer Zusammenhang zwischen Insolvenzen und sonstigen Betriebsschließungen im gesamten Löschungsgeschehen zu bestehen. So zeigt sich jedenfalls im ersten Halbjahr bei der Zahl der Abmeldungen eine deutliche Steigerung in den neuen Bundesländern, während die Insolvenzzahlen bei den Unternehmen zurückgehen. Die Gründe dafür könnten aktuell auch in einem gewissen Pessimismus liegen, der kleine Unternehmen bewegt, die selbstständige Tätigkeit aufzugeben, ohne dass die harten Insolvenzmerkmale Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit bereits vorlägen.

Kapitulation statt Insolvenz

Tab. 3: Insolvenzverfahren in Ostdeutschland

■	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen	
1993	2.761	+ 133,0%	2.327	+ 113,1%
1994	4.836	+ 75,2%	3.911	+ 68,1%
1995	7.071	+ 46,2%	5.874	+ 50,2%
1996	8.393	+ 18,7%	7.419	+ 26,3%
1997	9.186	+ 9,4%	8.126	+ 9,5%
1998	8.815	- 4,0%	7.942	- 2,2%
1999	8.760	- 0,6%	7.570	- 4,7%
2000	12.190	+ 39,2%	9.810	+ 29,6%
2001	13.500	+ 10,7%	10.640	+ 8,5%
2002	21.390	+ 58,4%	11.070	+ 4,0%

■		2002 Hj.	2003 Hj. *)
Unternehmensinsolvenzen		5.540	4.900
Veränderung zum Vorjahr		+ 26,5%	- 11,6%
Natürliche Personen	Verbraucherinsolvenzen	1.630	2.400
	Veränder. zum Vorjahr	- 14,7%	+ 47,2%
	Privatpersonen mit unternehmerischer Tätigkeit	2.750	3.300
	Veränder. zum Vorjahr	-	+ 20,0%
sonstige Insolvenzen		250	900
Veränderung zum Vorjahr		+ 25,0%	+ 260,0%
Gesamtinsolvenzen		10.170	11.500
Veränderung zum Vorjahr		+ 56,7%	+ 13,1%

*) von Creditreform geschätzt

Prognose: Mehr als 40.000 Unternehmensinsolvenzen

Trotz der positiveren Entwicklung in den neuen Ländern und dem Erreichen eines gewissen Gipfelplateaus, werden die Perspektiven bis zum Jahresende nicht deutlich besser. Das Statistische Bundesamt geht bis Jahresultimo von rund 40.000 Unternehmensinsolvenzen aus. Der Kreditversicherer Euler-Hermes prognostiziert bis zu 44.000 Unternehmenspleiten. Die Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung hält auch angesichts der Zahlen zum ersten Halbjahr die bereits im Winter publizierte Zahl von 40.000 bis 42.000 Unternehmensinsolvenzen aufrecht. Eine Verdoppelung der Insolvenzen von natürlichen Personen in diesem Halbjahr ergäbe bis zum Jahresultimo eine Zahl zwischen 55.000 und 60.000 Insolvenzanträgen. Damit dürfte für die Gesamtinsolvenzen des Jahres 2003 die Marke von 100.000 Fällen fast erreicht werden.

1.2 Verschuldung – Überschuldung – Insolvenz

Die Verschuldung in Deutschland nimmt zu. Fast jeder vierte Haushalt musste 2001 Konsumentenkredite abbezahlen, vier Jahre vorher war es noch nicht einmal jeder Fünfte. Nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) liegt der Verschuldungsanteil in Ostdeutschland höher als der in Westdeutschland. 21,2 Prozent der Haushalte in Westdeutschland und 27,4 Prozent der Haushalte in Ostdeutschland sind verschuldet. Als Grund wird der Nachholbedarf an langlebigen Konsumgütern in Ost-

deutschland bei gleichzeitig niedrigerem Einkommen angeführt.

Die Verschuldung der privaten Haushalte ist aber auch ein wesentliches Element für die Dynamisierung der wirtschaftlichen Entwicklung. Durch zielgruppenorientierte Marketingaktivitäten der Kreditwirtschaft und die Ausbreitung konsumorientierter Lebensstile hat sich die Verschuldung für breite Bevölkerungskreise zu einer akzeptierten wirtschaftlichen Handlungsweise entwickelt.

Während die Verschuldung für die Anschaffung von Konsumgütern also gesellschaftlich erwünscht ist, ist die Überschuldung die Kehrseite der modernen Konsumgesellschaft. Von Überschuldung spricht man, wenn nach Abzug der notwendigen Lebenshaltungskosten der verbleibende Einkommensrest nicht zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen ausreicht. Nach Angaben des Bundesjustizministeriums sind in der Bundesrepublik 2,7 Millionen Haushalte – also mehr als sieben Prozent – überschuldet.

Der Übergang von der Verschuldung in die Überschuldung wird größtenteils von drei Ursachen veranlasst: Arbeitslosigkeit, Scheidung und unökonomische Haushaltsführung. Aber auch Haushaltsgründung, Krankheit und Mieterhöhung sowie eine niedrige Bildungs- und Berufsqualifikation gehören nach Angaben des Instituts für Grundlagen- und Programmforschung zu den Anstoßereignissen der Überschuldung.

Die Folgen für die Betroffenen liegen auf der Hand, aber auch die Konjunktur wird nachhaltig beeinflusst, weil die Volkswirtschaft in zweierlei Hinsicht belastet wird: Einerseits erhöhen sich die Staatsausgaben aufgrund steigender Sozialleistungen und andererseits verringert sich die Kaufkraft und folglich auch die für das Wirtschaftswachstum erforderliche Nachfrage.

Wie sehen nun die Bemühungen aus, dem Trend der Überschuldung entgegenzuwirken?

Schuld an der Überschuldung?

Die Schaffung des Verbraucherinsolvenzverfahrens war ein Ergebnis des sozial- und gesellschaftspolitischen Anliegens einer endgültigen Schuldenbereinigung, um dem redlichen Schuldner die Möglichkeit zu geben, nach Durchführung eines Insolvenzverfahrens von seinen restlichen Schulden befreit zu werden. Allerdings ist die Berechtigung der Restschuldbefreiung keineswegs unumstritten. Unterschiedliche Rechtsauffassungen über die Verantwortlichkeit des Schuldners führen zu unterschiedlichen Einschätzungen. Zu bedenken ist beispielsweise, dass Gläubiger durch die Restschuldbefreiung benachteiligt werden, weil soziale Aspekte der Entschuldung stark betont werden. Insbesondere die Zulässigkeit sogenannter Nullpläne, bei denen der Schuldner keine Leistung verspricht, kommt einer Enteignung gleich, die zumindest verfassungsrechtlich zweifelhaft erscheint.

Ein anderes Mittel der Überschuldensbekämpfung ist die Schuldnerberatung, die sich auf das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) gründet und einen mehrdimensionalen Beratungsansatz verfolgt. Neben der Beratung im finanziellen und wirtschaftlichen Bereich wird der Schwerpunkt in der psychosozialen und pädagogisch-präventiven Beratung gesehen. Die insolvenzspezifische Beratung, die jedem Antrag auf Restschuldbefreiung voranzugehen hat, ist ebenfalls ein Instrument der Schuldnerberatung.

Das DIW hingegen plädiert für einen vorbeugenden Ansatz, beispielsweise familienfreundliche Darlehen. Sowohl der Staat, als auch die Banken könnten die Initiative dazu ergreifen. Wichtig sei auch, den Umgang mit Geld bereits in der Schule zu lehren.

1.3 Große Firmeninsolvenzen

Das Jahr 2002 war – insbesondere in der ersten Jahreshälfte – geprägt vom Zusammenbruch großer Unternehmen und Konzerne. Dieser Trend scheint sich 2003 nicht fortzusetzen. Zwar stehen auch im ersten Halbjahr 2003 mit Grundig und Wienerwald zwei traditionsreiche Unternehmen in den „Top-Ten“ (bemessen nach der Mitarbeiterzahl) der Großinsolvenzen – die

Der Zahlungsunfähigkeit vorbeugen

Dimensionen der größten Firmenkurse in Deutschland sind jedoch um einiges geschrumpft.

Tab. 4: „Top-Ten“ der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland im 1. Halbjahr 2003

■	Unternehmen	Geschäftszweck
	Grundig AG, Nürnberg	Herstell. v. Rundfunk- u. Fernsehgeräten sowie phono- u. videotechnischen Geräten
	EMTEC Magnetics GmbH, Ludwigshafen	Entwickl., Herstell. sowie Vertrieb v. Erzeugnissen aller Art z. Speicherung u. Verarb. v. Informationen, insbesondere v. magnetischen Speichermedien, Daten-, Bild u. Tonträgern sowie v. sonst. Erzeugnissen
	URBAN Textilhandels GmbH, Köln	Im- u. Export, Einzel- u. Großhandel m. Waren aller Art
	Eduard Kettner GmbH & Co. KG, Köln	Handel mit Jagdausrüstungen, Bekleidung, Waffen, Munition, Optik, Revier- u. Hüttenbedarf, Betrieb eines unterirdischen Scheibenschießstandes
	Schwarz Modevertriebs GmbH, Moers	Vertrieb v. exklusiver Maßkonfektion
	Mauser Office GmbH, Korbach	Herstell. u. Vertrieb v. Möbeln, insbesondere v. Stahlmöbeln, Einrichtungen aller Art f. Büros, Geschäftsräume, Banken, Wohnungs-, Verwaltungs-, Lager- u. Betriebseinrichtungen
	VSG Energie- u. Schmiedetechnik GmbH, Bochum	Herstell., Verarbeitung, Bearbeitung u. Vertrieb v. Schmiedeerzeugnissen aller Art
	Barthelmeß GmbH & Co., Fürth	Herstell. u. Vertrieb v. Artikeln d. Shop-, Schaufenster- u. Industrie-Displays-Bedarfs
	Rau Metall GmbH & Co. KG, Geislingen	Herstell. u. Vertrieb v. Jalousien, Rolladenelementen, Markisen u. technischem Sonnenschutz
	Wienerwald AG, München	Erwerb, Errichtung u. Betrieb v. Gaststätten u. Hotels jeder Art, vorzugsweise v. „Wienerwald-Gaststätten“ sowie Produktion u. Vertrieb v. Nahrungsmitteln; Dienstleist. in d. automatischen Datenverarbeitung

Quelle: Creditreform-Datenbank

Trauriger Spitzenreiter ist im ersten Halbjahr 2003 – wie schon erwähnt – die **Grundig Aktiengesellschaft**. Das 1948 gegründete Unternehmen, das sich auf die Herstellung von Fernseh-, Hifi-, Rundfunk und Autoradio-Geräten spezialisiert hat, musste am 14. April dieses Jahres einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens stellen.

Platz zwei belegt die **EMTEC Magnetics GmbH** aus Ludwigshafen. Sie beschäftigte sich mit der Entwicklung, Herstellung und dem Vertrieb von Erzeugnissen aller Art zur Speicherung und Verarbeitung von Informationen. Das Verfahren wurde am ersten April zunächst eröffnet, jedoch bereits eine Woche später wegen Masseunzulänglichkeit wieder eingestellt.

***Insolvenzen: Tradition und
Moderne***

Die Discountkette **Urban-Textil-Handel GmbH** aus Köln erwischte es gleich zu Beginn des Jahres. Am 6. Januar wurde der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens gestellt. 214 Filialen und etwa 1.000 Mitarbeiter sind betroffen.

Am 2. Mai stellte die **Eduard Kettner GmbH und Co. KG** einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens. Kettner betrieb Handel mit Jagdausrüstungen, Bekleidung, Waffen, Munition, Optik sowie Revier- und Hüttenbedarf. Laut eigenen Angaben will das Unternehmen die Marke Kettner und den gesunden Kern der Kettner Gruppe – Jagdwaffen und Jagdbedarf – erhalten und strebt ein Insolvenzverfahren in Eigenverwaltung an.

Die **Schwarz Modevertriebsgesellschaft mbH** aus Moers vertrieb exklusive Maßkonfektion. Das Unternehmen beantragte Mitte Februar die Eröffnung des Insolvenzverfahrens.

Mit der Herstellung und dem Vertrieb von Möbeln, insbesondere Stahlmöbeln und Büroeinrichtungen betrieb die **Mauser Office GmbH** aus Korbach ihr Unternehmen. Das Verfahren wurde am ersten Februar eröffnet – mittlerweile ist die Mauser Office GmbH aufgelöst.

Platz sieben belegt die **VSG Energie- und Schmiedetechnik GmbH** aus Bochum. Am 28. Februar wurde das Insolvenzverfahren über das Unternehmen, das die Herstellung, Verarbeitung und den Vertrieb von Schmiedeerzeugnissen aller Art betreibt, eröffnet. Betroffen sind etwa 670 Beschäftigte.

Die **Bathelmeß GmbH und Co Shop-, Schaufenster- und Industrie-Displays** aus Fürth musste am 29. Januar Konkurs anmelden. Nachdem das Unternehmen im Februar einen neuen Kredit vom Gläubigerausschuss bewilligt bekam, soll mittlerweile ein neuer Betreiber gefunden worden sein.

Über die **Rau Metall GmbH und Co. KG** aus Geislingen wurde das Insolvenzverfahren am 1.1.2003 eröffnet. Das Unternehmen, das sich mit der Herstellung

und dem Vertrieb von Jalousien, Rolladenelementen, Markisen und technischem Sonnenschutz befasst, hatte seit Oktober 2002 keine Löhne mehr gezahlt.

Platz zehn belegt die **Wienerwald AG** aus München. Der Hähnchenbratbetrieb steckt schon seit Jahren in Schwierigkeiten – die schwache Konjunktur und die Auswirkungen der Geflügelpest taten ihr übriges. Von der Insolvenz betroffen sind 38 Betriebe mit insgesamt etwa 500 Mitarbeitern.

Am vergangenen Freitag erwischte es auch die bereits seit längerem angeschlagene **Gold-Zack AG** aus Mettmann. Das Unternehmen, das sich hauptsächlich an Unternehmen des neuen Marktes beteiligt hatte und durch den Zusammenbruch der Gontard und Metallbank letztes Jahr in die Schieflage geriet, stellte einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens.

1.4 Reformen und kein Ende

Aus insolvenzrechtlicher Sicht war das Jahr 2002 geprägt durch einen Rekord an Insolvenzen. Gesetzgeberisch war das Jahr 2002 eines der wenigen seit Verabschiedung der Insolvenzordnung im Jahr 1994, in denen keine Rechtsänderungen zu verzeichnen waren. Dass dieser Trend nicht anhalten wird, liegt auf der Hand. Das Bundesjustizministerium schlägt in seinem jüngsten Diskussionsentwurf – der zurzeit mit den übrigen Bundesministerien und den Landesjustizverwaltungen abgestimmt wird – denn auch zahlreiche Änderungen der Insolvenzordnung vor. Geplant ist, den Entwurf noch in diesem Jahr umzusetzen

Schwerpunktmäßig befassen sich die Vorschläge mit dem Unternehmensinsolvenzverfahren, nachdem bei der letzten Reform hauptsächlich Änderungen im Verbraucherverfahren durchgesetzt wurden. Gesetzgeberisches Tätigwerden empfiehlt der Bericht insbesondere bei den Verwertungshandlungen vor dem Berichtstermin und bei der öffentlichen Bekanntmachung. Den eindeutigen Schwerpunkt des Berichtes bildet jedoch die Auswahl des Insolvenzverwalters.

Nachbesserungen jetzt bei Unternehmen

Insolvenzverwalter im Wettbewerb

Nach den bisherigen Vorgaben des Gesetzgebers muss das Gericht geeignete, unabhängige Personen als Insolvenzverwalter bestellen. Weitere Vorgaben gibt es nicht. Bei den Gerichten ist es geübte Praxis, nach sogenannten Verwalterlisten vorzugehen, die dem jeweiligen Richter vorliegen. Dabei werden zwei Arten von Listen unterschieden: Einmal die geschlossenen (sogenannte closed shops), in die neue Bewerber nur aufgenommen werden, wenn eine Person ausscheidet, und zum zweiten die offenen Listen, in die zum Teil jeder Bewerber um ein Verwalteramt aufgenommen wird. Der Gesetzentwurf sieht nun vor, die sogenannten geschlossenen Listen für unzulässig zu erklären. Eine Auswahl des Insolvenzverwalters hat aus einem dem Kreis aller zur Übernahme von Insolvenzverwaltungen bereiten Personen zu erfolgen. So soll sichergestellt werden, dass auch kleine Kanzleien und junge Anwälte mit der Abwicklung von Kleinverfahren beauftragt werden.

Der Gesetzentwurf schlägt weiter vor, künftig alle öffentlichen Bekanntmachungen in Insolvenzsachen nur noch über das Internet vorzunehmen, und zwar im (elektronischen) Bundesanzeiger (www.ebundesanzeiger.de). Eine Internet-Veröffentlichung könne zu einem Bruchteil der bisherigen Kosten erfolgen, und die Öffentlichkeit habe über vielfältige Suchfunktionen die Möglichkeit, sich gezielt und kostenlos über das Insolvenzgeschehen zu informieren, so der Gesetzesentwurf. Einzige Hürde: Die Länder können bislang noch nicht an einer Internet-Veröffentlichung teilnehmen, da sie noch nicht über eine flächendeckende EDV-Ausstattung ihrer Insolvenzgerichte verfügen.

Mit der Zulassung der Unternehmensveräußerung bereits vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens kommt der Gesetzentwurf einer von der Praxis erhobenen Forderung nach. Insolvenzverwalter berichten, dass gerade vor Verfahrenseröffnung oftmals günstige Angebote für eine Betriebsübernahme unterbreitet würden. Potenzielle Käufer sind an einer Übernahme des illiquiden Unternehmens häufig nur dann interessiert, wenn der Betrieb noch operativ am Markt tätig ist, und die

Belegschaft und Geschäftspartner noch zum Unternehmen stehen. Ist das Insolvenzverfahren erst einmal eröffnet, bleibt oft nur die Stilllegung.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass künftig eine übertragene Sanierung im Eröffnungsverfahren ermöglicht wird, zu der als Alternative nur die Stilllegung des Betriebes in Betracht käme.

1.5 Verluste und Schäden durch Insolvenzen

Jede Insolvenz bedeutet einen finanziellen Schaden für die Volkswirtschaft. Die durchschnittlichen Verbindlichkeiten pro Verbraucher belaufen sich in etwa auf 110.000 Euro. Zusammenbrechende Unternehmen verursachen in der Regel einen weitaus größeren Schaden. Im ersten Halbjahr 2001 lag das Schadensvolumen, das sich aus privaten und öffentlichen Forderungen zusammensetzt in Deutschland bei 18 Milliarden Euro. Im ersten Halbjahr 2002 machten die Insolvenzen einiger Großunternehmen wie Kirch Media, Holzmann und Herlitz Schlagzeilen und sorgten für einen Anstieg der Schäden auf 22,5 Milliarden Euro. Hier ist allerdings anzumerken, dass bei den Großinsolvenzen nicht alle bestehenden Verbindlichkeiten in Anschlag gebracht wurden. Zu groß sind die Chancen auf Fortführung in der Übernahme oder von Vergleichen mit den Gläubigern. Im Gegensatz dazu zeigt die Schadensentwicklung für das erste Halbjahr 2003, dass insgesamt 24,8 Milliarden Euro aus offenen Forderungen nicht beglichen wurden.

Vielzahl kleinerer Schäden

Wie auch schon im vergangenen Jahr, sind es die westdeutschen Unternehmen, die die Hauptlast tragen. Von 10,7 Milliarden Euro im ersten Halbjahr 2002 stieg die Zahl auf nunmehr 12,1 Milliarden.

Ostdeutschland weist bei den privaten Schäden eine Steigerung von 3,6 Milliarden im ersten Halbjahr 2002 auf 3,9 Milliarden Euro auf. Bei den Ausfällen der Öffentlichen Hand verzeichnet Westdeutschland einen Zuwachs von 0,5 Milliarden Euro auf 6,1 Milliarden. In Ostdeutschland hingegen stiegen die Ausfälle nur leicht von 2,6 auf 2,7 Milliarden Euro.

**Tab. 5: Insolvenzschäden in West- und Ostdeutschland
in Mrd. Euro**

■	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	private Schäden	Öffentliche Hand	private Schäden	Öffentliche Hand
1993	9,2	6,1	-	-
1994	12,3	7,2	3,1	3,1
1995	13,3	7,2	4,1	3,1
1996	15,3	7,7	5,1	3,6
1997	15,9	7,7	5,6	4,1
1998	14,3	6,7	5,1	4,1
1999	12,8	6,1	5,1	3,6
2000	13,8	5,6	4,1	3,6
2001	17,4	6,7	4,6	3,6
2002 Hj.	10,7	5,6	3,6	2,6
2002	21,3	7,8	5,3	4,0
2003 Hj. *)	12,1	6,1	3,9	2,7

*) von Creditreform geschätzt

Tab. 6: Insolvenzschäden in Deutschland in Mrd. Euro

■	private Schäden	Öffentliche Hand
1998	19,4	10,8
1999	17,9	9,7
2000	17,9	9,2
2001	22,0	10,3
2002 Hj.	14,3	8,2
2002	26,6	11,8
2003 Hj. *)	16,0	8,8

*) von Creditreform geschätzt

Bezieht man die Schadenhöhe auf die Zahl der Insolvenzen erhält man die durchschnittliche Summe, die private Insolvenzgläubiger verlieren. Im ersten Halbjahr 2001 blieben in Westdeutschland durchschnittlich 724.000 Euro offen. Binnen Jahresfrist erhöhte sich die Summe auf 835.000 und liegt im ersten Halbjahr 2003 nun bei 846.000 Euro.

In Ostdeutschland ging die Zahl der Unternehmensinsolvenzen zurück, die der Insolvenzen von natürlichen Personen nahm jedoch zu. Auch die durchschnittliche Forderungshöhe stieg an, und zwar von 650.000 Euro

in den ersten sechs Monaten des Jahres 2002 auf nunmehr 796.000 Euro pro durchschnittlichem Insolvenzfall.

Tab. 7: Private Insolvenzverluste in Westdeutschland

■	Forderungsverluste in Mrd. Euro	je Insolvenzfall in Euro
1993	9,2	718.000
1994	12,3	825.000
1995	13,3	808.000
1996	15,3	845.000
1997	15,9	822.000
1998	14,3	719.000
1999	12,8	672.000
2000	13,8	762.000
2001	17,4	800.000
2002 Hj.	10,7	835.000
2002	21,3	802.000
2003 Hj. *)	12,1	846.000

*) von Creditreform geschätzt

Der Pensionssicherungsverein, der immer dann einspringen muss, wenn ein Unternehmen wegen einer Insolvenz seine Zusagen für eine betriebliche Altersversorgung nicht mehr erfüllen kann, hatte im Jahr 2002 das bisher höchste Schadensvolumen seit seiner Gründung 1974. Es stieg von 0,614 auf 1,481 Milliarden Euro. Auch für das laufende Jahr rechnet der PSV mit einem „außergewöhnlich hohen Schadensvolumen.“ Aus diesem Grund würden die Prämien auf keinen Fall herabgesetzt. Der PSV hatte im November vergangenen Jahres den Beitragssatz auf 4,5 (2,5) Promille festgesetzt (bezogen auf die Rückstellungen eines Unternehmens für die betriebliche Altersvorsorge).

Die Hermes Kreditversicherung versichert mit 18.000 Verträgen so viele Firmen gegen Ausfälle bei ihren Lieferanten wie keine andere Versicherung. Hermes Chef Clemens Freiherr von Weichs beziffert seine Forderungsausfälle für das Jahr 2002 mit 50 Milliarden Euro und rechnet für 2003 mit Forderungsausfällen in der gleichen Höhe – „volkswirtschaftlicher Sprengstoff“, so der Jurist.

***Keine englischen Verhältnisse
bei den Pensionen***

Tab. 8: Private Insolvenzverluste in Ostdeutschland

■	Forderungsverluste in Mrd. Euro	je Insolvenzfall in Euro
1994	3,1	793.000
1995	4,1	698.000
1996	5,1	687.000
1997	5,6	689.000
1998	5,1	642.000
1999	5,1	674.000
2000	4,1	418.000
2001	4,6	432.000
2002 Hj.	3,6	650.000
2002	5,3	479.000
2003 Hj. *)	3,9	796.000

*) von Creditreform geschätzt

***Insolvenzgerichte (noch)
keine Alternative***

Um dieser, bereits seit Jahren andauernden Entwicklung steigender Insolvenzverluste entgegenzuwirken, schuf der Gesetzgeber Ende 1999 den Insolvenzgrund der „drohenden Zahlungsunfähigkeit“. Ziel sollte sein, den Unternehmer möglichst früh zur Stellung eines Insolvenzantrages zu bewegen, nämlich dann, wenn noch Geld vorhanden ist. Dies sollte zu einer besseren Gläubigerbefriedigung führen. Die mittlerweile andert-halb Jahre lange Erfahrung und die vorliegenden Zahlen beweisen jedoch den Trugschluss dieser Überlegung. Noch nicht einmal ein Prozent aller Eröffnungsanträge haben als Grund die „drohende Zahlungsunfähigkeit“. Unternehmer versuchen so lange wie möglich, ihr Unternehmen mit eigenen Mitteln zu retten und denken nicht an die Gläubiger.

Tab. 9: Unternehmensinsolvenzen in Westdeutschland

■	Insolvenzverfahren	mangels Masse abgelehnt	
		Absolut	in Prozent
1993	12.821	8.987	70,1
1994	14.913	10.713	71,8
1995	16.470	11.821	71,8
1996	18.111	12.982	71,7
1997	19.348	14.061	72,7
1998	19.886	13.890	69,8
1999	19.050	12.700	66,7
2000	18.120	10.102	55,8
2001	21.750	11.953	55,0
2002 Hj.	12.810	5.280	41,2
2002	26.550	10.930	41,2
2003 Hj. *)	14.300	6.000	42,0

*) von Creditreform geschätzt

Eines der Ziele der 1999 eingeführten Insolvenzordnung war es, die Zahl der mangels Masse abgelehnten Insolvenzverfahren zu verringern. 1998 lag die Zahl der eröffneten Insolvenzverfahren in Westdeutschland im Unternehmensbereich bei 30,2 Prozent und in Ostdeutschland bei 23,5 Prozent. Mit In-Kraft-Treten der Insolvenzordnung stiegen die Eröffnungsquoten kontinuierlich an. Mittlerweile werden in Westdeutschland 58,0 Prozent und in Ostdeutschland 51,0 Prozent aller Unternehmensinsolvenzverfahren eröffnet.

In der Statistik wurde bewusst nur auf die Eröffnungsquoten im Unternehmensbereich eingegangen. Denn seit 2001 die Stundungsmöglichkeit für natürliche Personen besteht, ist in diesem Segment die Eröffnungsquote deutlich angestiegen. Das hat jedoch keinen Einfluss auf die Befriedigungschancen der Gläubiger, denn wenn ein Verfahren nur deshalb eröffnet wird, weil dem Schuldner die Verfahrenskosten von Seiten der Staatskasse vorgestreckt werden, ist es wenig wahrscheinlich, dass für die Gläubiger eine Befriedigungsquote erreicht werden kann. Ist ein Schuldner noch nicht einmal imstande, die für das Insolvenzverfahren erforderlichen Gerichtskosten aufzubringen, wird es ihm auch nicht gelingen, seine Verbindlichkeiten abzulösen.

***Masse bedeutet nicht
Gläubigerbefriedigung***

Tab. 10: Unternehmensinsolvenzen in Ostdeutschland

■	Insolvenz- verfahren	mangels Masse abgelehnt	
		absolut	in Prozent
1993	2.327	1.209	52,0
1994	3.911	2.379	60,8
1995	5.874	3.716	63,3
1996	7.419	5.041	67,9
1997	8.126	5.672	69,8
1998	7.942	6.074	76,5
1999	7.570	6.103	80,6
2000	9.810	6.400	65,2
2001	10.640	5.810	54,6
2002 Hj.	5.540	2.580	46,6
2002	11.070	6.280	56,7
2003 Hj. *)	4.900	2.400	49,0

*) von Creditreform geschätzt

Vielzahl von Kundenpleiten

Forderungsausfälle entstehen, wenn ein Unternehmen seinen Zahlungsverpflichtungen dauerhaft nicht nachkommen kann. Erleidet ein Unternehmen Forderungsausfälle, weil ein Kunde Insolvenz anmelden muss, kann es zum sogenannten Dominoeffekt kommen: Das Gläubigerunternehmen kann den Forderungsverlust nicht ausgleichen und rutscht selbst in die Illiquidität. Die Zahl der Unternehmen, die Forderungsverluste erlitten, weil ihnen ein Kunde wegbrach, stieg von 60,1 Prozent im vergangenen Jahr auf nunmehr 62,0 Prozent. Insbesondere im Handel sind die Betriebe von Ausfällen durch Konkurse betroffen. Hier liegt die Zahl bei 76,4 Prozent und stieg im vergangenen Jahr noch einmal kräftig um 5,9 Prozentpunkte an.

Tab. 11: Forderungsausfälle wegen Kundeninsolvenzen in Deutschland

■	ja	nein
Verarb. Gew.	61,0 (58,2)	38,5 (39,1)
Bau	53,8 (49,2)	46,2 (50,2)
Handel	76,4 (70,5)	22,9 (27,2)
Dienstleist.	57,2 (57,0)	42,0 (40,8)
Gesamt	62,0 (60,1)	37,4 (37,8)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Das Baugewerbe hat am wenigsten unter Forderungsausfällen durch Kundeninsolvenzen zu leiden (2003: 53,8 Prozent; Vorjahr: 49,2 Prozent), was sicher auch mit dem Anspruch auf Leistung von Abschlagszahlungen zusammenhängt. Sowohl nach den Vorschriften der VOB als auch nach § 632a BGB ist der Werkunternehmer berechtigt, noch vor Fertigstellung des Werkes Abschlagszahlungen für Teilleistungen zu verlangen.

1.6 Insolvenzen und Arbeitsplatzverluste

Nachdem die Zahl der Arbeitslosen im April ein Rekordhoch von 4,5 Millionen erreicht hatte – der höchste Stand seit der Wiedervereinigung –, nahm die Erwerbslosenzahl im Mai deutlich stärker ab als von Experten erwartet. 4,3 Millionen entsprechen zwar ebenfalls der höchsten Mai-Erwerbslosenzahl seit der Wiedervereinigung, jedoch sind 152.800 Arbeitslose weniger zu verzeichnen, als noch im April. Auch die von saisonalen Einflüssen bereinigte Arbeitslosenzahl ging erstmals seit Februar 2002 wieder zurück. Grund genug für Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement von einem „Silberstreif am Horizont“ zu sprechen. Im Gegensatz zu vielen Konjunkturexperten gehen Clement und der Chef der Bundesanstalt für Arbeit, Florian Gerster, davon aus, dass die Arbeitslosenzahl auch im kommenden Winter unter der Fünf-Millionen-Grenze bleiben wird.

Die Zahl der Arbeitslosen, die durch eine Insolvenz freigesetzt werden, ist schwierig zu ermitteln. Gerade größere Betriebe werden oft fortgeführt, und den betroffenen Arbeitnehmern steht über § 613a BGB ein besonderer Kündigungsschutz zu. Andererseits verlassen viele Angestellte das „sinkende Schiff“ bereits, wenn es in Schiefelage gerät und tauchen so in keiner Statistik auf. Die Bundesanstalt für Arbeit zahlt im vorläufigen Insolvenzverfahren den Arbeitnehmern drei Monate ihr Gehalt weiter – das Insolvenzgeld. In den ersten zwei Monaten des Jahres 2003 leistete die BfA Insolvenzgeld an knapp 75.000 Beschäftigte – im Jahr zuvor lag die Zahl noch bei 68.000. Das Statistische Bundesamt geht für das erste Quartal von 54.729 be-

Wann arbeitslos durch Insolvenz?

troffenen Beschäftigten aus, jedoch machen – nach Angaben des Statistischen Bundesamtes – etwa ein Fünftel der Gerichte keine Angaben zu den Beschäftigten.

Tab. 12: Gesamtarbeitsplatzverluste zusammengebrochener Unternehmen in Deutschland

■	Anzahl der Personen	Veränderung in Prozent
1994	333.000	-
1995	394.000	+ 18,3
1996	487.000	+ 23,6
1997	554.000	+ 13,8
1998	501.000	- 9,6
1999	471.000	- 6,0
2000	448.000	- 4,9
2001	503.000	+ 12,3
2002 Hj.	310.000	+ 24,0
2002	590.000	+ 17,3
2003 Hj. *)	330.000	+ 6,5

*) von Creditreform geschätzt

Drohender Arbeitsplatzverlust

Insgesamt stehen im ersten Halbjahr 330.000 Arbeitnehmer vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes, weil ihr Arbeitgeber Insolvenz anmelden musste. Im Vergleich zum Vorjahr fällt die Steigerung moderat aus und liegt bei 6,5 Prozent. Im ersten Halbjahr 2002 verloren 310.000 Beschäftigte ihren Job durch Insolvenz, was einer Steigerung von 24,0 Prozent entsprach und auf den Zusammenbruch zahlreicher Großkonzerne zurückzuführen ist.

Tab. 13: Beschäftigtenzahl insolventer Unternehmen in Prozent (Branchendurchschnitt)

■	West	Ost
1 – 5 Personen	69,2 (59,1)	66,6 (56,6)
6 – 10 Personen	12,1 (12,8)	14,9 (15,4)
11 – 20 Personen	9,2 (10,1)	9,9 (11,8)
21 – 50 Personen	6,4 (7,5)	6,5 (7,8)
51 – 100 Personen	1,9 (3,0)	1,6 (1,7)
> 100 Personen	1,2 (2,0)	0,6 (0,8)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Zu Beginn des letzten Jahres stieg die Zahl der insolventen Großbetriebe leicht an. Im ersten Halbjahr 2003 ist ein Rückgang der betroffenen Unternehmen zu verzeichnen. Betriebe mit mehr als 100 Beschäftigten machen in Westdeutschland 1,2 Prozent (2,0 Prozent) und in Ostdeutschland 0,6 Prozent (0,8 Prozent) des Insolvenzgeschehens aus. Die Zahl der insolventen Mikrobetriebe legte hingegen deutlich zu. Im Osten machen sie zwei Drittel (66,6 Prozent) und im Westen sogar 69,2 Prozent des gesamten Insolvenzgeschehens aus. Das entspricht einer Zunahme von jeweils zehn Prozentpunkten (Vorjahr Ost: 56,6 Prozent; Vorjahr West: 59,1 Prozent).

1.7 Insolvenzen im konjunkturellen Umfeld

Die Konjunktur in Deutschland kommt nicht in Fahrt. Die Werte zum Bruttoinlandsprodukt dümpeln um die Nulllinie, das erste Quartal 2003 zeigt sogar einen Rückgang. Die Krise droht zum Dauerzustand zu werden – niemand wagt mehr, einen Aufschwung für den Herbst zu prophezeien. Auch wenn für die steigenden Unternehmensinsolvenzen die Änderungen der Insolvenzordnung und vor allem die Finanzierungsstruktur deutscher Mittelständler verantwortlich sind, bettet sich das Plus bei den Unternehmenszusammenbrüchen doch nahtlos in die aktuellen gesamtwirtschaftlichen Zahlen und Stimmungen ein. Eine differenziertere Betrachtung der Hauptwirtschaftsbereiche zeigt, wie die Krise die Insolvenzen in die Höhe treibt.

Mehr Dienstleister betroffen

Dass die Dienstleistungsbetriebe den höchsten Anteil am gesamten Insolvenzaufkommen registrieren, ist schon Tradition – dass dieser Anteil aber unter allen Branchen am stärksten steigt, ist neu. Verglichen mit dem Vorjahreszeitraum mussten 1.000 weitere Betriebe, das entspricht einer Steigerung von 12,8 Prozent, den Weg zum Insolvenzgericht antreten. Nach wie vor ist dieser das Bruttoinlandsprodukt tragende Wirtschaftsbereich derjenige, der am wenigsten mit Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung aufwarten kann. Creditreform untersucht deshalb zusammen mit dem ZEW (Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung) die Dienstleister der Informationsgesellschaft (vom IKT-

**Dienstleister: Fast alle
Branchen betroffen**

Handel über Forschung/Entwicklung und Unternehmensberatung bis zu Werbung und EDV-Dienstleistungen). In diesem wichtigen Sektor des Dienstleistungsbereichs hat sich im ersten Quartal 2003 der konjunkturelle Abschwung fortgesetzt. Die Umsatzwachstumsrate ist noch einmal 0,4 Prozentpunkte unter dem Wert des vierten Quartals anzusetzen; vor allem aber die verhaltene Entwicklung bei den Umsätzen, Erträgen, der Nachfrage und dem Personal im Vergleich zum Vorjahresquartal macht deutlich, wie ausgeprägt die Krise ist. Betroffen von der strukturellen Entwicklung sind bei den Insolvenzen auch besonders das Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie die Branchen um das Grundstücks- und Wohnungswesen. Persönliche Dienstleistungen leiden unter der verhaltenen Konsumententwicklung.

**Tab. 14: Insolvenzen nach Hauptwirtschaftsbereichen
im 1. Halbjahr 2003**

■	absolut	%-Anteil am gesamten Insolvenzaufkommen	Veränderung zum Vorjahr (in Prozent)
Verarb. Gew.			
West	1.430 (1.500)	10,0	- 4,7
Ost	410 (520)	8,4	- 21,2
Deutschland	1.840 (2.020)	9,6	- 8,9
Bau			
West	2.720 (2.510)	19,0	+ 8,4
Ost	1.470 (1.930)	30,0	- 23,8
Deutschland	4.190 (4.440)	21,8	- 5,6
Handel			
West	3.370 (2.950)	23,6	+ 14,2
Ost	1.100 (1.230)	22,4	- 10,6
Deutschland	4.470 (4.180)	23,3	+ 6,9
Dienstleist.			
West	6.780 (5.850)	47,4	+ 15,9
Ost	1.920 (1.860)	39,2	+ 3,2
Deutschland	8.700 (7.710)	45,3	+ 12,8
Gesamt			
West	14.300 (12.810)	100,0	+ 11,6
Ost	4.900 (5.540)	100,0	- 11,6
Deutschland	19.200 (18.350)	100,0	+ 4,6

() = Vorjahresangaben

Ein weiteres Plus bei den Insolvenzen haben die Unternehmen des Groß- und Einzelhandels in Deutschland hinzunehmen (plus 6,9 Prozent). Der Handel kommt aus der Misere nicht heraus; die Quartalsumsätze des Einzelhandels fielen gegenüber dem Vorjah-

reszeitraum um 1,1 Prozent. Um 6,9 Prozent, auf fast 5.000 Betriebe (4.470), hat der Handel seinen Insolvenzanteil gesteigert. Während im Osten ein Rückgang beim Insolvenzaufkommen des Handels zu verzeichnen ist (minus 10,6 Prozent), legte der Westen deutlich zu (14,2 Prozent). Die Gründe für die Probleme des Handels: Die Stimmung der Verbraucher bleibt trüb. Angesichts hoher Steuern und Abgaben, einer weiter steigenden Arbeitslosenzahl und unsicherer Aktienmärkte können auch niedrige Preise nicht zum Einkauf anregen. Einen Hoffnungsschimmer können vielleicht die erweiterten Ladenöffnungszeiten geben.

Trotz der anhaltenden Schwierigkeiten hat der Bau-sektor seinen Part bei den Insolvenzen verringern können: Um 5,6 Prozent, von 4.400 auf 4.200 Betroffene, gingen die Insolvenzen im Baugewerbe zurück. Allerdings ist diese „Erholung“ auf die Situation im Osten zurückzuführen: Hier gingen die Pleiten am Bau sogar um 23,8 Prozent zurück. Im Westen stiegen sie um 8,4 Prozent. Alleine im März meldete das Statistische Bundesamt einen Rückgang der Aufträge um 19,5 Prozent. Für 2003 erwartet der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes insgesamt ein Umsatzminus von 3,8 Prozent. Wie stark die Betroffenheit des Baugewerbes unter relativen Perspektiven (Zahl der Insolvenzen im Verhältnis zur Zahl der existierenden Betriebe) immer noch ist, zeigt die folgende Tabelle: Bauunternehmen sind rund doppelt so stark von Insolvenzen betroffen wie der Durchschnitt aller Unternehmen (130 Unternehmen pro 10.000 im Bau; 66 pro 10.000 über alle Wirtschaftsbereiche hinweg).

Erholungen beim Bau im Osten?

Tab. 15: Insolvenzanfälligkeit nach Hauptwirtschaftsbereichen in Deutschland für das 1. Halbjahr 2003

■	Insolvenzen je 10.000 Unternehmen
Verarb. Gew.	
West	47
Ost	64
Deutschland	50
Bau	
West	113
Ost	179
Deutschland	130
Handel	
West	56
Ost	87
Deutschland	61
Dienstleist.	
West	55
Ost	79
Deutschland	59
Gesamt	
West	60
Ost	95
Deutschland	66

*) Quelle: Creditreform-Datenbank

Stabileres Verarbeitendes Gewerbe

Einen Rückgang bei den Insolvenzen weist auch das Verarbeitende Gewerbe auf (minus 8,9 Prozent). Auch wenn das Verarbeitende Gewerbe im März bundesweit einen Rückgang der Aufträge um 3,2 Prozent hinzunehmen hatte, die Inlandsnachfrage für Investitionsgüter um 9,1 Prozent nachgab und die Auslandsnachfrage um 1,2 Prozent geringer blieb, konnte man sich im Hinblick auf die Unternehmensstabilität doch konsolidieren.

Insgesamt aber sind von der Konjunktur keine Aufbruchsignale zu erwarten – für die Insolvenzen bedeutet dies einen weiteren Zugang. Und dieser Zugang wird – so jedenfalls die Erfahrung – auch noch einige Zeit in die wirtschaftliche Erholung hereinragen.

1.8 Im Teufelskreis: Banken und Mittelstand

Für die hohen Zahlen im aktuellen Insolvenzgeschehen sind verschiedene Gründe verantwortlich. Dabei gilt es, die Insolvenz von Privatpersonen und von Unternehmen auseinander zu halten. Während bei den privaten Insolvenzen die neugeschaffenen Optionen

für eine dauerhafte Entschuldung vor dem Hintergrund steigender Konsumentenkredite einerseits und einer dürftigen Einkommenssituation andererseits (hohe Arbeitslosigkeit, stagnierende Reallöhne etc.) eher ein Drehen an der Schraube „Arbeits- und Sozialrecht“ erfordern, ist das Problemkonglomerat bei den Unternehmen ein anderes. Tatsächlich fließen hier die Änderungen in der Insolvenzordnung, die kritische gesamtkonjunkturelle Situation sowie die Strukturkrise in der Finanzierung, vor allem mittelständischer Unternehmen, in Deutschland zusammen.

Nach einer Umfrage der DZ Bank fühlen sich 39 Prozent der Unternehmen in „starkem Ausmaß“ vom Konjunkturabschwung betroffen; zwölf Prozent sogar in besonders starkem Ausmaß. Die rückläufige Konjunktur hat bei zwölf Prozent der befragten Unternehmen zu einer finanziellen Krise geführt, die wiederum von jedem dritten Unternehmen in dieser Krise als existenzbedrohend bezeichnet wird. Dennoch gilt: Eine schwache Auftragslage, sinkende Umsätze und auch schmalere Erträge im Zeichen der gesamtwirtschaftlichen Rückgänge konturieren nur schärfer, was im deutschen Mittelstand strukturell im Hinblick auf die Finanzierung bereits angelegt war. Entscheidend für diese im doppelten Sinne des Wortes überkommene Finanzierungsstruktur: Obwohl die Innenfinanzierung die „mit Abstand bedeutendste Finanzierungsquelle“ darstellt (Umfrage KfW zusammen mit 16 Fach- und Regionalverbänden der Wirtschaft), schrumpft die Eigenkapitalquote bereits seit mehr als zwei Jahrzehnten. Die zweite Säule mittelständischer Finanzierung stellen mittel- und langfristige Darlehen sowie der Kontokorrentkredit dar. Dabei wird der Kontokorrentkredit aufgrund seiner leichten Verfügbarkeit gerade von kleinen Unternehmen nicht nur zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätseingänge, sondern trotz seines hohen Preises revolvierend mittel- bis langfristig genutzt. Aktuell entscheidender aber noch als das Ignorieren aller „goldenen Regeln“ zur Finanzierung von Investitionen sind die Risse, die sich im „Hausbankprinzip“ verstärkt zeigen.

Betriebe in der Finanzierungskrise

Ohne einmal mehr auf die in vergleichbaren anderen Ländern höheren Eigenkapitalquoten zu verweisen, soll doch die aktuelle Eigenkapitalsituation des Mittelstandes im Frühjahr 2003 dargestellt sein. Dabei zeigt sich, dass sowohl eine leichte Zunahme bei den unterkapitalisierten Mittelständlern mit einer Eigenkapitalquote unter zehn Prozent zu erkennen ist (Anteil 37,7 Prozent; Vorjahr: 37,2 Prozent), als auch eine deutlichere Zunahme bei den kleinen und mittleren Unternehmen mit einer Eigenkapitalquote von über 30 Prozent. Hier hat man binnen Jahresfrist von 15,4 auf 17,7 Prozent zulegen können.

Tab. 16: Eigenkapitalausstattung des Mittelstandes im Verhältnis zur Bilanzsumme

■	bis 10%	37,7 (37,2)
	bis 20%	27,0 (25,1)
	bis 30%	17,7 (16,2)
	über 30%	17,7 (15,4)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Eigenkapital selbst verdienen

Diese Verstärkung verdeutlicht, dass mittelständische Unternehmen die Problematik durchaus erkannt haben. KMU geben zu rund der Hälfte an, dass sie ihre Innenfinanzierung über einbehaltene Gewinne erreichen. Bei den aktuell wohl schwächeren Umsatzrenditen können – durchaus spekulativ – verschiedene Gründe für die Verbesserung angeführt werden. So werden wohl Entnahmen, im Mittelstand der „Unternehmerlohn“, reduziert werden. Neben der Einbehaltung von Gewinnen wird man sich stärker um Eigenkapitalförderangebote bemüht haben. Dabei ist im Auge zu behalten, dass Deutschlands Mittelständler dabei über ihren Schatten springen müssen, sind doch damit verbundene Mitspracherechte der Kapitalgeber hierzulande unbeliebt. Ein Drittes kommt hinzu: Das ausgewiesene Eigenkapital entsprach vielfach nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Bilanzierungsmöglichkeiten wurden genutzt, um langfristige Rückstellungen und stille Reserven mit Eigenkapitalcharakter im Verborgenen zu halten. Hinzu kommt, gerade bei mittelständischen Unternehmen, die Möglichkeit flexibler Zuordnung von Betriebs- und Privatvermögensantei-

len. Zur Haftung und als Sicherheit werden solche Eigenkapitalanteile nun präsentiert.

Die Entscheidung dazu ist den Betroffenen nicht leicht gefallen. Durchgerungen hat man sich zu ihr auch nur, weil die hohen Fremdkapitalanteile über die Hausbank immer weniger zur Verfügung standen.

Das Wort vom „Creditcrunch“ geistert durch Medien und Finanzwelt. Verschiedene Befragungen zeigten: Knapp die Hälfte der Unternehmen sahen oder sehen sich mit der Ablehnung ihres Kreditwunsches konfrontiert. Diese Meinung wird gestützt durch eine Untersuchung der Bundesbank, nach der das Volumen der Kreditausreichungen in Deutschland zurückgegangen ist. Heißt dies aber schon, dass tatsächlich das Kreditangebot der Banken niedriger ist, als es aufgrund der Zinsen und der Wirtschaftlichkeit der Investitionsvorhaben der Kreditnehmer zu erwarten wäre? So zeigt der Verlauf der Kurven des trendbereinigten BIP und der Ausreichungen von Krediten an den privaten Sektor deutliche Parallelen – nicht nur in Deutschland, sondern in der gesamten Eurozone. In schwacher Konjunktur werden auch weniger Kredite verlangt. Und auch Bundesbankvorstand Edgar Meister hält gegen die These von der Kreditklemme: „Lohnende Investitionen bleiben weiterhin über den Bankensektor finanzierbar“.

Wenig BIP bedeutet auch weniger Kredite

Dennoch bleibt im Raum, was die Europäische Zentralbank in ihrem Jahresbericht für 2002 schreibt: „Die Banken in der EU gerieten infolge von Einkommensverlusten aufgrund negativer Entwicklungen im wirtschaftlichen Umfeld und an den Finanzmärkten in den Jahren 2001 und 2002 sowie aufgrund des verschärften Wettbewerbs zunehmend unter Kostensenkungsdruck“. Dieser Druck ist nicht nur Ausdruck der Internationalisierung des Bankgeschäfts sowie der Nachwehen der geplatzten Kapitalmarkthausse der Vorjahre. Es sind auch die „problembehafteten Engagements“, eben die Insolvenzwelle, die national wie international bei den Banken für Schwierigkeiten sorgt. Die Hypovereinsbank, die in Europa die meisten Kredite ausreicht, ist gezwungen, rund 3,8 Mrd. Euro für die

Risikovorsorge zur Seite zu legen. Aber auch Deutsche Bank (2,1 Mrd. Euro) und Commerzbank (1,3 Mrd. Euro) rudern gegen die Insolvenzwelle an. Nach einer Studie von McKinsey beträgt das Volumen der notleidenden Kredite in Deutschland rund 280 Mrd. Euro. Die Banken sind nicht tatenlos geblieben, der Verkauf von Forderungen sowie der Einsatz externer Dienstleister wie Inkassounternehmen weist ebenso Lösungswege auf, wie die Einbringung bestimmter Portfolios in separate und möglicherweise rechtlich selbstständige Einheiten, die dann am Markt unterzubringen sind. Diese „Bad Bank“ wäre ein weiterer Ansatz, den Druck, der der Finanzwelt durch die Vielzahl der Insolvenzen entsteht, weiter in den Griff zu bekommen.

Im Übrigen tragen auch die Probleme der Verbraucher, wie sie in der Vielzahl der privaten Insolvenzen zum Ausdruck kommen, zu den Belastungen bei. Die privaten Verbindlichkeiten erreichten in 2002 rund 1,5 Billionen Euro. Die durchschnittliche Verschuldung der privaten Haushalte betrug 40.000 Euro.

Kopf der Hydra: Insolvenzen schaffen Insolvenzen

Mittelständische Unternehmen und die sie finanzierenden Banken stehen in einem Teufelskreis: Die Vielzahl der Ausfälle und notleidenden Kredite fördern den Attentismus und die Zurückhaltung bei der Kreditvergabe. Diese (erzwungene) Haltung wiederum trocknet die Finanzierungsbasis kleiner und mittlerer Unternehmen in der Konjunkturkrise weiter aus und führt schließlich zu ihrem Exitus in Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit. In diesem Dilemma heißt es für die Mittelständler, ihre Unternehmenssteuerungen im Hinblick auf die Finanzierung zu professionalisieren, ihre Eigenkapitalbasis zu verstärken und zu mehr Transparenz gegenüber Geldgebern und der Hausbank zu kommen. Das bedeutet aber auch für die Finanzwelt, traditionelle Förderinstrumente auszubauen (Mittelstandsbank) und neuen, kleineren Unternehmen angemessene (Microlending) Instrumente der Finanzierung zu entwickeln. Nur in diesem kooperativen Ineinandergreifen sind neue Perspektiven für die Finanzierung mittelständischer Unternehmen und damit ein Abebben der Insolvenzwelle erreichbar.

■ 2 Neueintragungen und Löschungen von Unternehmen

2.1 Gründungsbilanz

Die schwache Konjunktur hat die Gründungsaktivitäten in Deutschland gebremst. Die Zahl der Unternehmensneuanmeldungen der Gewerbe- und Handelsregister nahm von 384.000 (1. Halbjahr 2002) auf aktuell 370.000 ab. Das entspricht einem Rückgang von 3,7 Prozent. Gleichzeitig hat sich die Zahl der Gewerbeabmeldungen leicht um 0,3 Prozent auf 330.000 erhöht (1. Halbjahr 2002: 329.000). Damit hat sich der Saldo aus Gewerbean- und -abmeldungen von 55.000 auf aktuell 40.000 verringert.

Tab. 17: Gründungsbilanz im 1. Halbjahr 2003 *) für Gesamtdeutschland

■	Anmeldungen / Änderung in %		Abmeldungen / Änderung in %		Saldo / Änderung in %	
Nur Gewerbe- Register:	317.000 (327.000)	-3,1	302.000 (303.000)	-0,3	15.000 (24.000)	- 37,5
Handels- Register:	53.000 (57.000)	-7,0	28.000 (26.000)	+7,7	25.000 (31.000)	-19,4
Gesamt- Gewerbe- register	370.000 (384.000)	-3,6	330.000 (329.000)	+0,3	40.000 (55.000)	- 27,3

*) Creditreform-Schätzung; () = 2002

Weniger Anmeldungen

Den größten Anteil der Neuanmeldungen verbuchen die alten Bundesländer. Insgesamt wurden hier in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 294.000 Neugründungen registriert. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht das einem Rückgang um 3,3 Prozent. Auch die Gewerbeabmeldungen nahmen um 2,3 Prozent auf 256.000 ab. Der Saldo aus An- und Abmeldungen beträgt im Westen 38.000 (1. Halbjahr 2002: 42.000).

**Tab. 18: Gründungsbilanz im 1. Halbjahr 2003 *)
für Westdeutschland**

■	Anmeldungen / Änderung in %		Abmeldungen / Änderung in %		Saldo / Änderung in %	
Nur Gewerbe- register:	249.000 (256.000)	-2,7	234.000 (242.000)	-3,3	15.000 (14.000)	+7,1
Handels- register:	45.000 (48.000)	-6,3	22.000 (20.000)	+10,0	23.000 (28.000)	-17,9
Gesamt- gewerbe- register	294.000 (304.000)	-3,3	256.000 (262.000)	-2,3	38.000 (42.000)	-9,5

*) Creditreform-Schätzung; () = 2002

In den neuen Bundesländern meldeten sich in den vergangenen sechs Monaten 76.000 Unternehmen in den öffentlichen Handels- und Gewerberegistern an. Im Vorjahr waren es noch 80.000, das entspricht einer Abnahme um 5 Prozent. Umgekehrt verhielt es sich bei den Abmeldungen. Hier wurden 74.000 Unternehmen aus den öffentlichen Handels- und Gewerberegistern gelöscht. Innerhalb eines Jahres nahmen die Liquidationen um 10,5 Prozent zu. Der Saldo aus An- und Abmeldungen verringert sich somit von 13.000 Unternehmen im Vorjahreszeitraum auf 2.000.

Abmelden oder Insolvenz

Eine mögliche Erklärung für die deutliche Zunahme bei den Abmeldungen könnte der Rückgang der Unternehmensinsolvenzen in den neuen Ländern von 5.540 auf knapp 5.000 sein (siehe Kapitel 1.1). Der Rückgang überrascht, steht er doch im Gegensatz zur schwachen Konjunktur in Deutschland. Die Vermutung liegt nahe, dass der Rückgang der Unternehmensinsolvenzen durch die Zunahme der Löschungen in den neuen Bundesländern kompensiert worden ist.

**Tab. 19: Gründungsbilanz im 1. Halbjahr 2003 *)
für Ostdeutschland**

■	Anmeldungen / Änderung in %		Abmeldungen / Änderung in %		Saldo / Änderung in %	
Nur Gewerbe- Register:	68.000 (71.000)	-4,2	68.000 (61.000)	+11,5	0 (10.000)	
Handels- Register:	8.000 (9.000)	-11,1	6.000 (6.000)	+0	2.000 (3.000)	-33,3
Gesamt- Gewerbe- register	76.000 (80.000)	-5,0	74.000 (67.000)	+10,5	2.000 (13.000)	-84,6

*) Creditreform-Schätzung; () = 2002

Bei der Interpretation der Unternehmensgründungszahlen gilt es zu beachten, dass nicht jede Neuanmeldung eines Gewerbes auch einer „echten“ Betriebsgründung entspricht. Hinter Gewerbeanmeldungen verbergen sich oftmals Kleinstbetriebsgründungen, also klassische „Ein-Personen-Unternehmen“ wie Freiberufler oder Nebenerwerbstätige. Eine DtA-Studie ergab, dass 2002 jede zweite Unternehmensgründung in Deutschland eine Nebenerwerbstätigkeit war. Diese „Unternehmensgründungen“ erfüllen in der Regel nicht die Kennzeichen eines sogenannten wirtschaftsaktiven Unternehmens, das mit einer echten Betriebsgründung gleichzusetzen ist. Die Hauptkennzeichen eines wirtschaftsaktiven Unternehmens sind die Existenz einer größeren wirtschaftlichen Substanz, die Unterstellung der Gewinnerzielungsabsicht sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Gründung zum Nebenerwerb

Einen Rückgang der Gründungsaktivitäten weist auch der Länderbericht Deutschland des „Global Entrepreneurship Monitor (GEM)“ aus. Demzufolge lag der Anteil der Personen, die versuchen ein Unternehmen zu gründen, im Jahr 2002 bei 3,5 Prozent. Im Jahr zuvor betrug dieser Wert noch 5,6 Prozent. Ein Grund für die Gründungszurückhaltung ist unter anderem, dass Deutschland hinsichtlich der Verfügbarkeit von Fremd- und Eigenkapital im internationalen Vergleich weit abgerutscht ist (von Rang zwei auf Rang sieben). Aber auch der hohe bürokratische Aufwand sowie das komplizierte deutsche Steuersystem schrecken potenzielle Unternehmer von einer Gewerbeanmeldung ab.

2.2 Neueintragungen und Wirtschaftsbereiche

Der von Creditreform, DtA und KfW – der neuen Mittelstandsbank –, IfM Bonn sowie ZEW herausgegebene MittelstandsMonitor 2003 – ein jährlich erscheinender Bericht zu Konjunktur- und Strukturfragen kleiner und mittlerer Unternehmen – stellt seit 1999 einen Rückgang der Gründungszahlen fest. Eine erfreuliche Entwicklung war jedoch, dass trotz des gedämpften Konjunkturmehrfelds im Jahr 2001 fast genauso viele High-Tech-Unternehmen gegründet worden sind wie zur Mitte der 90er Jahre. Von dem technologischen Fortschritt, der durch diese Gründungen entsteht, kann eine Volkswirtschaft nur profitieren.

High-Tech hat noch Konjunktur

Der größte Anteil der Unternehmensneugründungen findet sich nach wie vor im Dienstleistungssektor. Aktuell sind es 56 Prozent. Im Handel und in der Baubranche liegen die Anteile mit 28 und 10 Prozent deutlich darunter. Im Verarbeitenden Gewerbe finden mit 6 Prozent die wenigsten Neugründungen statt.

Tab. 20: Neuzugänge nach übergeordneten Wirtschaftsbereichen in Gesamtdeutschland

■	Anteil je 100 Neuerfassungen
Verarbeitendes Gewerbe	6
Baugewerbe	10
Handel	28
Dienstleistungen	56

Quelle: Creditreform-Wirtschaftsdatenbank

Ein ähnliches Bild ergibt sich in den alten Bundesländern: Die Neugründungen dominieren mit einem Anteil von 58 Prozent im Dienstleistungssektor. Im vergangenen Jahr lag der Anteil noch bei 55 Prozent. Der Handel verlor hingegen binnen Jahresfrist zwei Prozentpunkte: Hier finden nur noch 28 von 100 Neugründungen im Handel statt. Im Baugewerbe und im Verarbeitenden Gewerbe bleibt der Anteil der Neugründungen mit insgesamt 14 ebenfalls niedrig.

Tab. 21: Neuzugänge nach übergeordneten Wirtschaftsbereichen in Westdeutschland

■	Anteil je 100 Neuerfassungen
Verarbeitendes Gewerbe	6
Baugewerbe	8
Handel	28
Dienstleistungen	58

Quelle: Creditreform-Wirtschaftsdatenbank

In den neuen Bundesländern weist das Baugewerbe immer noch eine höhere Gründungsaktivität aus als im Westen. Hier wird jeder zwölfte von hundert Betrieben gegründet (Vorjahreszeitraum: 15). In den alten Bundesländern war es jeder achte Betrieb. Der Anteil der Neugründungen im Verarbeitenden Gewerbe hat sich von 7 Prozent im ersten Halbjahr 2002 auf aktuell 6 Prozent verschlechtert. Der Dienstleistungssektor erhöht auch in den neuen Ländern seinen Gründungsanteil von 52 Prozent auf 54 Prozent.

Dienstleister im Osten nähern sich dem Westen

Tab. 22: Neuzugänge nach übergeordneten Wirtschaftsbereichen in Ostdeutschland

■	Anteil je 100 Neuerfassungen *)
Verarbeitendes Gewerbe	6
Baugewerbe	12
Handel	28
Dienstleistungen	54

Quelle: Creditreform-Wirtschaftsdatenbank

Hoffnungen auf eine Stabilisierung der Gründungsentwicklung in Ostdeutschland bestehen: Das IWH rechnet in diesem Jahr für Ostdeutschland mit einem Wachstum von 0,5 Prozent, damit werde die Wirtschaftsleistung „vorübergehend etwas stärker“ wachsen als in den alten Ländern. Zwar bleibe die Baubranche das Sorgenkind, in diesem Jahr werde sich die Abwärtsbewegung allerdings aufgrund von Sondereffekten – wie den längerfristig geplanten Maßnahmen zur Beseitigung der Flutschäden und Vorzieheffekten infolge der angekündigten Kürzungen bei der Eigenheimzulage – zeitweilig verlangsamen. Darauf

deuteten die amtlichen Konjunkturindikatoren, wie Auftragseingänge und Baugenehmigungen, aber auch die IWH-Baumfrage zur Geschäftsentwicklung hin.

Tab. 23: Neueintragen nach Wirtschaftsbereichen im 1. Halbjahr 2003

■	Westdeutschland		Ostdeutschland		Gesamt	
	absolut	%-Anteil	absolut	%-Anteil	absolut	%-Anteil
Land- u. Forstwirtsch. / Fischerei u. Fisch- zucht, Bergbau. u. Gewinn. v. Steinen u. Erden	76	0,17	18	0,22	94	0,18
Verarbeitendes Gewerbe	1.630	3,63	343	4,22	1.973	3,72
Energie u. Wasser - Versorgung	808	1,80	249	3,07	1.057	1,99
Baugewerbe/	1.455	3,24	560	6,89	2.015	3,80
Kfz-Handel	708	1,58	183	2,25	891	1,68
Groß- u. Einzelhandel	7.715	17,20	1.425	17,54	9.140	17,25
Gastgewerbe	784	1,75	147	1,81	931	1,76
Verkehr u. Nachrich- tenübermittlung	1.184	2,64	214	2,63	1.398	2,64
Kredit- u. Versiche- rungsgewerbe	236	0,53	21	0,26	257	0,49
Grundstücks- u. Woh- nungswesen, Vermie- tung beweglicher Sachen	846	1,89	132	1,63	978	1,85
Datenverarbeitung u. Datenbanken	911	2,03	103	1,27	1.014	1,91
Forschung u. Entwicklung	9	0,02	2	0,02	11	0,02
Unternehmensnahe Dienstleistungen	27.847	62,07	4.596	56,59	32.443	61,23
sonstige persönliche Dienstleistungen (Wäscherei, Frisöre, Bestattungswesen etc.)	654	1,46	129	1,59	783	1,48
Summe	44.863	100,01	8.122	99,99	52.985	100,00

Auch im Handelsregister fallen auf das ostdeutsche Baugewerbe 6,7 Prozent der Handelsregisterneueintragen – im Westen sind es 3,2 Prozent. Den größten Anteil der Neuanmeldungen vereinen mit einem Anteil von über 60 Prozent unternehmensnahe Dienstleistungen wie Steuer- und Unternehmensberater oder Reinigungsdienste auf sich (61,2 Prozent). Der Handel – etwa Kfz-, Groß- und Einzelhandel –

weist sowohl im Westen als auch im Osten etwa 20 Prozent der Neugründungen aus.

2.3 Arbeitsplätze durch Neugründer

Obwohl die Anzahl der gewerblichen Neuanmeldungen abgenommen hat, ist die Zahl der wirtschaftsaktiven Unternehmen im ersten Halbjahr 2003 von 55.000 auf 63.000 gestiegen. Die Beschäftigungsintensität bei produktiven Neugründungen ist im Westen mit einer durchschnittlichen Beschäftigtenzahl von 5 im Verarbeitenden Gewerbe am größten. In den neuen Ländern liegt dieser Wert bei 4. Im Baugewerbe haben neugegründete Unternehmen durchschnittlich 2 neue Mitarbeiter, ebenso wie im Handel und im Dienstleistungsgewerbe.

Tab. 24: Durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten bei den produktiven Neugründungen im 1. Halbjahr 2003

■	Durchschnittliche Beschäftigtenzahl *)	
	West	Ost
Verarb. Gewerbe	5	4
Baugewerbe	2	2
Handel	2	2
Dienstleistungen	2	2

Quelle: Creditreform-Datenbank; *) gerundet

Die 63.000 (51.000 im Westen und 12.000 im Osten) wirtschaftsaktiven Betriebe in Deutschland haben 137.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Das entspricht im Vergleich zum Vorjahreszeitraum einer leichten Steigerung um gut 3 Prozent (1. Halbjahr 2002: 133.450). Angesichts der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt verhalten sich die Neugründer beschäftigungspolitisch zwar immer noch relativ stabil, wenn auch hier ein überdurchschnittlicher Beschäftigungseffekt nicht zu erwarten ist.

Mehr Arbeitsplätze geschaffen

Tab. 25: Zahl der neugeschaffenen Arbeitsplätze in den Wirtschaftsbereichen im 1. Halbjahr 2003 im Westen

■	Zahl der Beschäftigten *)	
Verarb. Gewerbe	5 x 3.100	15.500 (18.000)
Baugewerbe	2 x 4.100	8.200 (9.450)
Handel	2 x 14.200	28.400 (27.000)
Dienstleistungen	2 x 29.600	59.200 (49.500)
Gesamt	51.000	111.300 (103.950)

Quelle: Creditreform-Datenbank; *) gerundet

Jobmotor Dienstleister

Auch bei den Neugründungen erweist sich der Dienstleistungssektor weiter als Job-Motor. Obwohl er eine geringere Beschäftigungsintensität aufweist als das Verarbeitende Gewerbe, entstehen hier die meisten Arbeitsplätze durch Neugründungen. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres wurden 72.200 Arbeitsplätze geschaffen (Vorjahreszeitraum: 65.100). Im rezessiven Baugewerbe hat sich die Zahl der neugeschaffenen Arbeitsplätze reduziert. Nur noch 11.000 neue Stellen wurden hier durch produktive Neugründungen geschaffen (Vorjahr: 13.950). Im Verarbeitenden Gewerbe waren es insgesamt 18.300. Beim Handel erhöhten sich die neugeschaffenen Arbeitsplätze von 32.200 auf aktuell 35.200.

Tab. 26: Zahl der neugeschaffenen Arbeitsplätze in den Wirtschaftsbereichen im 1. Halbjahr 2003 im Osten

■	Zahl der Beschäftigten *)	
Verarb. Gewerbe	4 x 700	2.800 (4.200)
Baugewerbe	2 x 1.400	2.800 (4.500)
Handel	2 x 3.400	6.800 (5.200)
Dienstleistungen	2 x 6.500	13.000 (15.600)
Gesamt	12.000	25.400 (29.500)

Quelle: Creditreform-Datenbank; *) gerundet

Zur Verbesserung der schlechten Arbeitsmarktlage wurden im Frühjahr dieses Jahres eine Reihe arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen verabschiedet. Insbesondere der Einzelhandel erwartet positive Beschäftigungseffekte von der im April in Kraft getretenen Reform der Mini-Jobs, die Teilzeitarbeit wieder attraktiver gemacht hat. Auch das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWi) erhofft sich von den sog-

nannten Ich-AG's die weitere Schaffung neuer Arbeitsplätze. Laut BMWI hätten mit Hilfe der Existenzgründungszuschüsse in Kombination mit der Auszahlung von Überbrückungsgeldern in den ersten fünf Monaten dieses Jahres 100.000 arbeitslose Männer und Frauen den Sprung in die Selbstständigkeit geschafft. Für das Jahr 2003 rechnet das Ministerium mit mehr als 200.000 Neugründungen aus Arbeitslosigkeit.

2.4 Neueintragungen und Löschungen nach Bundesländern

Das Gründungsgeschehen entwickelt sich nicht nur in den Branchen, sondern auch in den Bundesländern unterschiedlich. In Hamburg war die Gründungsaktivität am stärksten ausgeprägt: Je 10.000 Unternehmen gab es 323 Neueintragungen im Handelsregister. Bremen und Berlin verzeichneten 286 bzw. 240 Neueintragungen je 10.000 Unternehmen. Damit liegen die drei Stadtstaaten weit über dem Bundesdurchschnitt von 182 Handelsregisterneueintragungen. Hessen (206) und Nordrhein-Westfalen (202) haben sich ebenfalls überdurchschnittlich entwickelt. Unterdurchschnittlich hat sich das Gründungsgeschehen in Bayern (175), Brandenburg (164) und Baden-Württemberg (146) gezeigt.

Bei der Ermittlung der Zahlen wurden die aktuellen Eintragungen im Handelsregister mit der Zahl bereits bestehender Unternehmen – als Quelle diente die Umsatzsteuerstatistik – in Beziehung gesetzt. Ein Grund für das schlechte Abschneiden Baden-Württembergs bei den relativen Handelsregistereintragungen ist bedingt durch die hohe Dichte bereits existierender Unternehmen. Ein Blick auf die absoluten Zahlen im Handelsregister zeigt, dass Baden-Württemberg mit knapp 6.000 Neueintragungen nach Nordrhein-Westfalen und Bayern an dritter Stelle liegt.

***Gründungshitliste:
Relativ oder absolut?***

Tab. 27: Handelsregisterneueintragungen je 10.000 Unternehmen nach Bundesländern (1. Halbjahr 2003)

■	Neueintragungen
Hamburg	323
Bremen	286
Berlin	240
Schleswig-Holstein	227
Hessen	206
Nordrhein-Westfalen	202
Niedersachsen	195
Saarland	182
Bayern	175
Brandenburg	164
Baden-Württemberg	146
Mecklenburg-Vorpommern	146
Rheinland-Pfalz	135
Thüringen	130
Sachsen	127
Sachsen-Anhalt	125
Gesamt	182

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt der aktuelle Gründungsreport des ZEW. Gemessen an der Gründungsintensität (Gründungen je 10.000 Erwerbsfähige) erreichte Hessen von 1998 bis 2001 eine jahresdurchschnittliche Gründungsintensität von 47,5. In Nordrhein-Westfalen betrug dieser Wert 43,5 und in Baden-Württemberg 38,5. Ein Grund für die geringe Gründungsintensität in Baden-Württemberg liegt laut ZEW darin, dass hier im Vergleich zu anderen Bundesländern eine gewisse Gründungsschwäche gerade in den Branchen wie Handel oder konsumnahe Dienstleistungen herrscht, die sonst einen hohen Anteil am Gründungsgeschehen aufweisen. Dagegen besitzt Baden-Württemberg eine hohe Gründungsintensität im Verarbeitenden Gewerbe.

**Tab. 28: Unternehmensneueintragungen und -lösungen
nach Bundesländern in West- und Ostdeutschland
für das 1. Halbjahr 2003**

■	Unternehmens- Neueintra- gungen	Unternehmens- lösungen	Saldo
Baden-Württemberg	5.938	2.904	3.034
Bayern	8.815	3.599	5.216
Berlin	2.592	1.553	1.039
Brandenburg	1.269	870	399
Bremen	613	679	- 66
Hamburg	2.484	1.196	1.288
Hessen	4.724	2.346	2.378
Mecklenburg-Vorp.	739	604	135
Niedersachsen	4.853	2.119	2.734
Nordrhein-Westfalen	12.550	6.488	6.062
Rheinland-Pfalz	2.006	1.018	988
Saarland	620	260	360
Sachsen	1.731	1.477	254
Sachsen-Anhalt	837	826	11
Schleswig-Holstein	2.260	926	1.334
Thüringen	954	763	191
Gesamt	52.985	27.628	25.357

In absoluten Zahlen weist Nordrhein-Westfalen die höchste Zahl an Neueintragungen aus (12.550). In Bayern gibt es im ersten Halbjahr 8.815 und in Baden-Württemberg 5.938 Neuanmeldungen. Bremen (613) und Saarland (620) verzeichnen die geringsten Anmeldungen im Handelsregister. In Bremen überwiegt auch als einzigem Bundesland die Zahl der Abmeldungen die der Anmeldungen (Saldo: minus 66).

In den ersten sechs Monaten dieses Jahres haben sich 52.985 Unternehmen ins Handelsregister eingetragen. Im Vorjahreszeitraum waren es noch 57.007 – das entspricht einem Rückgang um 7,2 Prozent. Bei den Lösungen hat sich die Anzahl um 7,7 Prozent auf 27.628 erhöht (1. Halbjahr 2002: 25.650).

Mit der Analyse der Unternehmensneugründungen geht auch immer die Frage einher, warum so viele Unternehmen scheitern. Eine Analyse des Geographi-

Große Länder mit vielen Gründern

schen Instituts der Universität Bonn und der Bergakademie Freiberg ergab: Je mehr Unternehmen gegründet werden, desto größer ist die Konkurrenz und desto weniger von Ihnen überleben. Lediglich jeder zweite neugegründete Betrieb erlebt noch seinen fünften Geburtstag. Ein weiteres Ergebnis der Studie: Je höher die Gründungsrate, das heißt die Anzahl der Betriebsgründungen je 1.000 Erwerbspersonen, desto weniger Betriebe werden älter als 5 Jahre. Als Schlussfolgerung fordern die Autoren mehr regionale Förderprogramme aufzustellen, die auch die lokale Marktsituation in den unterschiedlichen Branchen berücksichtigen.

■ 3 Zusammenfassung

Die Zahl der Gesamtinsolvenzen in Deutschland beträgt im ersten Halbjahr 2003 47.800, das entspricht einer Steigerung von 19,9 Prozent im Vergleich zum ersten Halbjahr 2002 (38.850). Den größten Anteil am Insolvenzgeschehen haben die natürlichen Personen: 25.500 Anträge entfallen auf Verbraucher, ehemals selbstständig Tätige und Privatpersonen mit unternehmerischer Tätigkeit. Im ersten Halbjahr 2002 lag die Zahl bei 20.300 (plus 25,6 Prozent).

19.200 Unternehmen mussten im ersten Halbjahr den Gang zum Insolvenzgericht antreten – 850 mehr als im vergangenen Jahr (4,6 Prozent Steigerung). Diese Zunahme wird maßgeblich von westdeutschen Unternehmen getragen – hier betrug die Steigerung 11,6 Prozent (14.300 Unternehmen). In Ostdeutschland hingegen ist zum ersten Mal seit 1999 ein Rückgang der Unternehmensinsolvenzen zu verzeichnen. Die Zahl der zusammengebrochenen Firmen beträgt im ersten Halbjahr 2003 4.900, im Vergleichszeitraum mussten 5.540 Unternehmen Insolvenz anmelden – das entspricht einem Rückgang von 11,6 Prozent.

Die Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung rechnet angesichts dieser Zahlen für das Gesamtjahr 2003 mit knapp 100.000 Gesamtinsolvenzen und 40.000 bis 42.000 Unternehmensinsolvenzen.

Die Insolvenzen natürlicher Personen verdeutlichen einen Trend, der bereits seit Jahren anhält: Die Überschuldung in Deutschland nimmt zu. Das Bundesjustizministerium geht davon aus, dass sieben Prozent der Haushalte in Deutschland ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen können. Die Schaffung des Verbraucherinsolvenzverfahrens war Ergebnis eines gesellschaftspolitischen Anliegens, um redlichen Schuldner die Möglichkeit zu geben, sich ihrer Verbindlichkeiten zu entledigen, um einen „fresh start“ beginnen zu können.

Jede Insolvenz – gleichgültig ob Verbraucher oder Unternehmenskonkurs – zieht Verluste nach sich. 24,8 Milliarden Euro an offenen Forderungen wurden im ersten Halbjahr 2003 nicht beglichen. Im ersten Halbjahr des vergangenen Jahres lag die Schadenshöhe bei 22,5 Milliarden Euro. Wie im vergangenen Jahr sind es die westdeutschen Unternehmen, die die Hauptlast der Schäden tragen: Von 10,7 Milliarden Euro im ersten Halbjahr 2002 stieg die Zahl auf nunmehr 12,1 Milliarden Euro.

Das erste Halbjahr 2002 war geprägt vom medien-trächtigen Niedergang großer Unternehmen und Konzerne. Auch 2003 hat es traditionsreiche und bekannte Firmen wie Grundig, Wienerwald oder Gold-Zack erwischt – die Dimension der „Top-Ten“ der größten Zusammenbrüche hat sich insgesamt jedoch um einiges verkleinert.

Gemessen an der Mitarbeiterzahl ergibt sich folgende „Hitliste“: Grundig AG, EMTEC Magnetics GmbH, URBAN Textilhandels GmbH, Eduard Kettner GmbH & Co. KG, Schwarz Modevertriebs GmbH, Mauser Office GmbH, VSG Energie- und Schmiedetechnik GmbH, Barthelmeß GmbH & Co. KG, Rau Metall GmbH & Co. KG, Wiener Wald AG.

Eines der erklärten Ziele bei Einführung der Insolvenzordnung war es, die Zahl der mangels Masse abgelehnten Verfahren zu reduzieren, um höhere Befriedigungsquoten für Gläubiger zu erzielen. Seit 1999 – seit die neue Insolvenzordnung in Kraft getreten ist –

haben sich denn auch die Eröffnungsquoten kontinuierlich erhöht. Wurde 1999 nur ein Drittel aller Verfahren eröffnet, sind es jetzt sowohl in West- als auch in Ostdeutschland über die Hälfte (Westdeutschland: 58,0 Prozent; Ostdeutschland: 51,0 Prozent).

Die Zahl der Unternehmen, die im letzten Jahr unter Forderungsausfällen wegen Kundeninsolvenzen litten, erhöhte sich von 60,1 Prozent im ersten Halbjahr 2002 auf 62,0 Prozent in den ersten sechs Monaten 2003. Am meisten betroffen von Forderungsausfällen durch Insolvenz sind die Betriebe aus dem Handel (76,4 Prozent; Vorjahr: 70,5 Prozent), am wenigsten die Unternehmen aus der Baubranche (1. Halbjahr 2003: 53,8 Prozent; 2002: 49,2 Prozent).

330.000 Arbeitnehmer stehen vor dem drohenden Verlust ihres Arbeitsplatzes, weil ihr Arbeitgeber Insolvenz anmelden musste. Im Vergleich zum Vorjahr fällt die Steigerung moderat aus und liegt bei 6,5 Prozent. Im ersten Halbjahr 2002 verloren 310.000 Beschäftigte ihren Job durch Insolvenz.

Die Betriebe aus dem Dienstleistungsbereich verzeichnen sowohl den höchsten Anteil am Insolvenzgeschehen als auch die stärkste Steigerung. Um 12,8 Prozent stieg ihr Anteil am Insolvenzaufkommen auf 8.700 Fälle. Auch der Handel verzeichnet ein Plus von 6,9 Prozent bei den Insolvenzen – die absolute Zahl liegt nun bei 4.470 Betrieben (Vorjahr: 4.180). Im Gegensatz dazu hat der Bau seinen Anteil am Insolvenzgeschehen verringern können: Um 5,6 Prozent – von 4.400 auf 4.190 Betroffene – gingen die Insolvenzen in diesem Wirtschaftsbereich zurück.

Mittelständische Unternehmen und die sie finanzierenden Banken stehen in einem Teufelskreis: Die Vielzahl der Ausfälle und notleidenden Kredite fördern den Attentismus und die Zurückhaltung bei der Kreditvergabe, diese (erzwungene) Haltung wiederum trocknet die Finanzierungsbasis kleiner und mittlerer Unternehmen in der Konjunkturkrise weiter aus und führt schließlich zu ihrem Exitus in Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit. In diesem Dilemma heißt es für die Mittel-

ständler, ihre Unternehmenssteuerungen im Hinblick auf die Finanzierung zu professionalisieren, ihre Eigenkapitalbasis zu verstärken und zu mehr Transparenz gegenüber Geldgebern und der Hausbank zu kommen. Das bedeutet aber auch für die Finanzwelt, traditionelle Förderinstrumente auszubauen (Mittelstandsbank) und neuen, kleineren Unternehmen angemessene (Microlending) Instrumente der Finanzierung zu entwickeln. Nur in diesem kooperativen Ineinandergreifen sind neue Perspektiven für die Finanzierung mittelständischer Unternehmen und damit ein Abebben der Insolvenzwelle erreichbar.

Ein Blick auf die Probleme um das Eigenkapital deutscher Unternehmen verdeutlicht das Bild: Sowohl die Zahl der unterkapitalisierten als auch die Zahl der ausreichend mit Eigenkapital ausgestatteten Unternehmer steigt. Eine Schere öffnet sich: 37,7 Prozent der mittelständischen Unternehmer verfügen über noch nicht einmal zehn Prozent Eigenkapital gemessen an der Bilanzsumme (Vorjahr: 37,2 Prozent). 17,7 Prozent – eine steigende Anzahl – haben mehr als 30 Prozent Eigenkapital und damit eine gesunde Basis (Vorjahr: 15,4 Prozent).

Die schwache Konjunktur hat auch die Gründungsaktivitäten im ersten Halbjahr gebremst. 370.000 Unternehmen wurden neu angemeldet – 14.000 weniger als im ersten Halbjahr 2002 (Rückgang von 3,7 Prozent). Gleichzeitig hat sich die Zahl der Gewerbeabmeldungen leicht um 0,3 Prozent auf 330.000 erhöht (1. Halbjahr 2002: 329.000 Abmeldungen). Damit liegt der aktuelle Saldo aus An- und Abmeldungen bei 40.000 Unternehmen (Vorjahr: 55.000).

Den größten Anteil an Neugründungen verzeichnet die Dienstleistungsbranche. 56 Prozent aller Neugründungen kommen aus diesem Hauptwirtschaftsbereich. Der Anteil des Handels folgt mit 28 Prozent auf Platz zwei. Deutlich darunter liegen mit 10 Prozent die neugegründeten Betriebe aus der Baubranche. Nur sechs von hundert Neugründungen fallen schließlich auf das Verarbeitende Gewerbe.

Obwohl die Zahl der Neuanmeldungen gesunken ist, stieg die Zahl der wirtschaftsaktiven Unternehmen von 55.000 im ersten Halbjahr 2002 auf nunmehr 63.000. Ein neugegründeter Betrieb aus dem Verarbeitenden Gewerbe stellte durchschnittlich fünf neue Mitarbeiter in Westdeutschland und vier neue Mitarbeiter in Ostdeutschland ein. In allen anderen Branchen haben neugegründete Unternehmen durchschnittlich zwei neue Mitarbeiter. Insgesamt wurden durch Neugründungen im ersten Halbjahr 2003 137.000 Arbeitsplätze geschaffen. Das entspricht einer Steigerung von drei Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die meisten Arbeitsplätze schafft der Dienstleistungssektor mit 72.200 neuen Stellen (Vorjahr: 65.100). Lediglich 11.000 neue Stellen stellt das Baugewerbe (Vorjahr: 13.950). Im Verarbeitenden Gewerbe waren es 18.300 und im Handel 35.200.

Betrachtet man das Gründungsgeschehen nach Bundesländern, so ist die Gründungsaktivität in den Stadtstaaten am stärksten ausgeprägt. In Hamburg konnten 323 Neueintragungen pro 10.000 Unternehmen in den Handelsregistern verzeichnet werden. Es folgen Bremen mit 286 und Berlin mit 240 Neugründungen je 10.000 Unternehmen. Alle drei Länder liegen damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 182 Neueintragungen je 10.000 Unternehmen. Unterdurchschnittliche relative Gründungsaktivitäten verzeichnen die Länder Bayern (175), Brandenburg (164) und Baden-Württemberg (146).

In absoluten Zahlen ausgedrückt meldet Nordrhein-Westfalen die höchste Zahl an Neugründungen (12.550). Es folgen Bayern (8.815) und Baden-Württemberg (5.938). Schlusslicht sind die beiden Länder Bremen (613) und das Saarland (620).

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung
Leitung: Michael Bretz, Telefon: (02131) 109-171
Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss

Alle Rechte vorbehalten

© 2003, Verband der Vereine Creditreform e.V.,
Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.

Neuss, 26. Juni 2003